

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

35. Jahrgang

Berlin, den 18. Mai 1927

Nummer 40

Das Buchgewerbe im Ausland

Osterreich. Am 1. April ist von dem nun abgetretenen Nationalrat das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz beschlossen worden, um das die österreichische Arbeiterkassette 30 Jahre gekämpft hat. Es ist dies ein ganz und gar unzulängliches Gesetz, das ganze Kategorien von Arbeitern und Arbeiterinnen von der Versicherung ausschließt. Die Altersrente kann erst vom 65. Lebensjahre an bezogen werden; früher nur dann, wenn der alte Arbeiter nicht einmal ein Drittel dessen mehr verdienen kann, was er im Vollbesitz seiner Kräfte verdienen würde. Der Staatszuschuß zu jeder Altersrente beträgt nur zwei Schilling im Monat, daher ist die Altersrente sehr niedrig (in der höchsten Stufe etwa 84 Schilling im Monat). Die Witwenrente wird in der Regel nur für ein Jahr gezahlt. Von den vielen Härten, die das Gesetz enthält, sei nur eine angeführt: Die Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe, darunter auch die Kollegen der Staatsdrucker, sollen diesem Gesetz untergeordnet werden. Durch einen einfachen Beschluß des Nationalrats also sollen ihnen die Pensionsansprüche, die ihnen auf Grund von andern Vereinbarungen und von besonderen Beitragsleistungen gebühren, auf die bedeutend niedrigeren Ansätze des Gesetzes herabgedrückt werden. Die Inkraftsetzung jedoch dieses Gesetzes wurde vom Nationalrat wegen der dadurch angeblich unerträglichen Belastung der Wirtschaft auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Das Gesetz enthält nämlich die Bestimmung, daß die Alters- und Invaliditätsversicherung erst dann in Kraft treten soll, wenn die Arbeitslosigkeit auf weniger als die Hälfte ihres jetzigen Standes gesunken sein wird, wenn die Frachteinahmen der Bahnen, Ernteerträge und Außenhandelsstatistik anzeigen werden, daß der Wohlstand Osterreichs gestiegen ist, also ein „Wohlstandsindex“. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung erfahren nur die Arbeitslosen, die schon mehr als 60 Jahre alt sind; sie erhalten vom 1. September an dauernde Altersfürsorge, die aber um ein Drittel niedriger sein werden als die Notstandshilfe, die sie jetzt beziehen, also etwa 45 bis 54 Schilling monatlich. Mit diesem so beschlossenen Gesetz ist die für den Reichsverein der Buchdrucker mit seiner beispiellos großen Zahl von Invaliden (516) erhoffte finanzielle Entlastung ausgeblieben. — Vor den kürzlich erfolgten Wahlen zum Nationalrat, zu den Landtagen und Gemeinderäten veröffentlichen der Wiener „Vorwärts“ einen „Mandat und Mandatäre“ überschriebenen Artikel, in dem den unterschiedlichen Mandatärwerbenden aus Buchdruckerkreisen der Vorwurf gemacht wird, daß sie sich in ihren Vertrauensstellungen als Kur-Politiker fühlten und in der neuen Mandatsperiode von ihnen mehr Kontakt mit Beruf und Organisation verlangt wird. Ausgenommen von diesem Vorwurf waren nur die Nationalräte Schlegel und Högl, die sich stets für berufliche Fragen interessieren und auch in den neuen Nationalrat wiedergewählt wurden. — Die bedenkenlose Ausgabe von Druckereikonzeptionen durch den Wiener Magistrat hat für das Gewerbe und die Gehilfen schädigende Beschäftigungen geschaffen. Gemeinam mit den Unternehmern wurde deshalb bei der Magistratsdirektion wegen Einschränkung der Konzessionserteilung interveniert und es wurde zugesichert, daß, falls auch der Gehilfenausschuß sich für die Einschränkung der Konzessionserteilung erklärt, diese Forderung berücksichtigt werden. — Am 24. April beging die „Antifische Linzer Zeitung“, die älteste Zeitung Osterreichs, das Jubiläum ihres 250jährigen Bestehens. Ihr Gründer war der aus Kempten in Böhmen ausgewanderte Buchdrucker Hans Jakob Mayr, ihr erster Name „Linzerisch Extrablatt der Ordinarier Zeitungen“.

Belgien. Daß das nationale Schiedsgericht seine Entscheidungen überführen würde, kann man füglich nicht behaupten. Zu dem seit 6. April anhängigen Verfahren betreffend die Bewegung im Buchgewerbe ist ein Entscheid bis jetzt nicht erfolgt. Unterdessen häufen sich die Schwierigkeiten, und es wächst die Erbitterung. In der letzten Nummer des Organs der Gehilfenorganisation wagt der Zentralvorstand vor Konditionsannahme in den Städten Brüssel, Gent, Bruges und Lüttich, wo der Ausbruch von Bewegungen teils erfolgt ist, teils bevorsteht. In Brüssel ist es zu offenem Konflikt gekommen in der Offizin der Tageszeitung „XX. Siecle“, dem Hauptorgan der

katholischen Partei, weil die Geschäftsleitung es nicht unterlassen wollte, an die Druckerei des Antwerpener „Matin“, ein Betrieb, dem der Tarif Hetuba ist, Matern zu liefern. In der „Catherine Presse“ in Bruges hat das Sehmashinenpersonal die Arbeit verlassen, weil die Betriebsinhaber, entgegen den tariflichen Bestimmungen, die eine vierjährige Lehrzeit als Setzer voraussehen, bevor man an der Sehmashine beschäftigt werden kann, einen älteren Schullehrer und einen abgehenden Gymnasialisten an die Sehmashine stellte. Redaktionspersonal und Daktulos sollen die ausstehenden Gehilfen ersetzen.

Frankreich. Nachdem die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Punkte waren, sich endgültig zu bessern, wird nun die Abgeordnetenkammer demnächst auf Betreiben der Agrarier mit einem Regierungsprojekt befaßt werden, wodurch auf Lebensmittel aus dem Ausland geradezu unerhört hohe Zölle gelegt werden sollen. Diese Vorlage wird, wenn sie zum Gesetz erhoben werden sollte, die Gewerkschaften vor neue Lohnkämpfe stellen, da sie jedenfalls eine empfindliche Erhöhung der Lebenskosten nach sich ziehen würde. — Der Vorstand des französischen Buchdruckerverbandes hat beschlossen, sofort ein Referendum unter den Mitgliedern zu veranstalten über den Vorschlag, den Verbandsbeitrag auf 2 Fr. wöchentlich festzusetzen. Falls dieser Vorschlag eine Mehrheit erhält, werden auch die Verbandsunterstützungen entsprechend erhöht. — Es steht nunmehr fest, daß der nächste Internationale Buchdruckerkongress in einem Saale der Sorbonne, dem Mittelpunkt des Pariser Universitätslebens, stattfinden wird. — Die Sektionen Clermont-Ferrand und Saint-Quentin warnen vor Konditionsannahme in ihren Gebieten, da Lohnbewegungen im Gange sind. Brest und Chalons-sur-Saone verzeichnen infolge Sinkens der Zunderpreise eine Lohnverminderung. Beaune sieht seinen Minimallohn auf 30 Fr. erhöht.

Amerika. In der deutschen Fachpresse waren in letzter Zeit über eine Krisis in der International Typographical Union, der nordamerikanischen Gehilfenorganisation, verschiedentlich Nachrichten zu finden, deren Richtigkeit von uns nicht nachgeprüft werden konnte, weshalb wir nur mit Vorbehalt davon Notiz nehmen. Angeblich sollen persönliche Differenzen in der Verbandsleitung zu der Krise geführt haben. Im vorigen Jahre wurde bei den Wahlen zum Verbandsvorstand anstelle des früheren Präsidenten Lynch dessen härtester Gegner Howard, der neuzeitliche Kampf- und Organisationsmethoden anstrebt, gewählt. Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten trat nun eine Spaltung der Verbandsleitung ein, da der im Amt gebliebene Schatzmeister, der gleichzeitig Schriftleiter des Verbandsorgans ist, in dieser Zeitschrift weiterhin seine Anschauungen vertrat, die mit denen der Vorstandsmeisterei nicht mehr übereinstimmten. Um diesen merkwürdigen Zustand etwas erträglicher zu machen, versiel man auf einen sonderbaren Ausweg; dem Präsidenten wurde ein Teil des Verbandsorgans zur Verfügung gestellt, die „Presidents Pages“, auf denen er seine Meinung vertreten darf. So ist das Organ zum Träger beider Richtungen geworden, und oft kann man auf einer Seite eine Verteidigung dessen lesen, was auf der nächsten ebenso heftig bekämpft wird. Außerdem traf der neue Präsident bei seinem Amtsantritt einen ausgedehnten Verwaltungsapparat an, der gewaltige Summen verschlang, die als Unterhaltungs- und Streikgelder dringend gebraucht wurden. Howard rebuzierte alsbald die Angestelltenzahl auf die Hälfte und nahm die Verantwortung für diese Maßnahme auf sich. Da nach den Verbandsführungen nicht klar ist, ob der Präsident ein Recht hat, Angestellte nach eigenem Gutdünken zu entlassen, steht das Vorgehen Howards jetzt im Mittelpunkt des Kampfes, der den amerikanischen Buchdruckerverband zu spalten droht. Der Verbandschatzmeister und die drei alten Vizepräsidenten haben erklärt, nicht mehr mit Howard zusammenarbeiten zu wollen und sind den Vorstandssitzungen ferngeblieben. Wie der Kampf ausgeht, ist ungewiß, doch glaubt man allgemein, daß es Howard gelingen wird, sich durchzusetzen. — Von einem Buchdruckerkampf in Chicago entwarf vor kurzem der „Amerikanische Arbeiterpresident“ eine Schilderung, die einen interessanten Einblick in amerikanische Arbeits- und Kampfmethoden bietet. Es handelt sich um eine Aussperrung von 200 Arbeitern der Firma „White Printing Home“, die früher den Namen „Regen Printing House“ führte. Die

Ausperrung erfolgte am Sonnabend, dem 16. April, mittags, als alle Angestellten mit ihrem Lohn folgende Mitteilung erhielten: „Nach dem 16. April wird dieser Betrieb auf der Basis der 48-Stunden-Woche und der „Open Shop“ (offen für Unorganisierte) arbeiten.“ Diese Mitteilung diente als Bekanntgabe des Wechsels von der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur „Non-Union-policy“. Die 200 Mitglieder der folgenden Gewerkschaften blieben am folgenden Montag der Arbeit fern: Typographical Union Nr. 16, Printing Pressmens Union Nr. 163, Franklin Press Assistants Union Nr. 4, Bookbinders Union Nr. 8 und Bindery Womens (Frauen) Union Nr. 30. Der Betrieb hatte Jahre hindurch unter gewerkschaftlichen Bedingungen gearbeitet. Als der ursprüngliche Besitzer durch Spekulationen in finanzielle Schwierigkeiten gekommen war, erlangte ein „Non-Union“-Konzern Einfluß auf die Firma. Die Gewerkschaften brachten in Erfahrung, daß die „Open Shop“-Arbeitgeber beschäftigten, gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen zu treffen und schon eine ganze Streikbrecherbande mobilisiert hatten. Der erwähnte Betrieb sollte für den Anschlag ausersehen sein. Eine Kommission aus Vertretern der beteiligten Gewerkschaften wurde deswegen am Freitag, dem 15. April, bei dem Inhaber der Firma vorstellig, der aber positiv bestritt, zur Beschäftigung von Unorganisierten übergehen zu wollen. Da die Gerüchte sich aber trotzdem weiter verstärkten, fragte der Sekretär der Typographical Union Nr. 16 am Sonnabendvormittag noch einmal telephonisch nach, worauf der Betriebsinhaber „bei seiner Mannessei“ versicherte, daß nichts Wahres an den Gerüchten sei. Die Bureauangestellten streikten aber schon die oben erwähnte Ankündigung in die Lohnlisten, als diese Auskunft gegeben wurde. Eine Bande von mehr als 100 Unorganisierten marschierte unter dem Schutz von vermutlich bewaffneten Privatdetektiven ein und nahm von dem Betrieb am Sonntag, dem 17. April, Besitz. Aus dem Bericht geht nicht hervor, wie sich der Kampf weiterentwickelt hat. Zimmerlin kann man sich daraus ein Bild machen über die ausgeprochenen Wildwest-Methoden, die in Nordamerika im Kampfe gegen die Gewerkschaften heute noch zur Anwendung kommen. Die Aussperrung selbst bezeichnete der Berichterstatter S. B. Marks, Verbandsmitglied der International Printing Works, als den schlimmsten Vertrauensbruch und Betrug, der jemals zu seiner Kenntnis gelangte.

Wo verbringe ich meine Ferien?

Kraft ihrer wirtschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaften, genießen heute viele Arbeiter und Angestellte Ferienvergünstigungen als Bestandteile des Arbeitsvertrags. Der Schutz der Arbeitskraft, ihre Erhaltung und Auffrischung sind zu neuen Aufgaben geworden, deren Wahrnehmung sich die Gewerkschaften in wachsendem Maße angelegen sein lassen.

Zweifellos erhalten jedoch die Ferien erst durch zweckentsprechende Ausnutzung ihren richtigen Wert für Körper und Geist. Tausende von Menschen, die Ferien erhalten, verbleiben notgedrungen in ihren „vier Pfählen“, um den Tag abzuwarten, der sie wieder in die Tretmühle der Arbeit zurückführt. Die Ferientage fern vom Wohnort in der schönen Natur zu verbringen, scheitert zumeist an den hohen Kosten und an andern Voraussetzungen. Und doch sind Ferien nur dann vollwertige Erholungsstage, wenn sie mit einem Luftwechsel verbunden, dem alltäglichen Getriebe weit entfernt verlebte werden können. Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ in Jena unterhält eine Anzahl von Ferientouristen empfindenswerter Heime in herrlicher Lage, die geschmackvoll und praktisch eingerichtet sind und neben diesen Vorzügen auch noch äußerst preiswert sind. Genossenschaftsmitglieder zahlen pro Tag und Bett 80 Pf. bis 1 M., Kinder bis 14 Jahren die Hälfte. Mitglieder der freien Gewerkschaften gegen Vorlegung des Verbandsbuches 1 M. und 1,20 M. pro Bett und Tag, Fremde 1,20 bis 1,50 M. Bettwärde ist mitzubringen, sonst pro Woche Leihgebühr 1 M. Die Beschäftigung kann im Heim bezogen werden, auf Wunsch wird volle Pension gewährt für 3,50 M. pro Tag für Mitglieder. Wer besonders billig leben will, kann sich in der Gemeinwirtschaftliche Speisen und Getränke selbst herstellen. Sämtliche Lebensmittel sind im Heim zu haben. In jedem Heim ist ein Wohnzimmer und Aufenthaltsraum. Jedermann, der das Statut anerkennt, kann Mitglied der

Genossenschaft werden und hat besondere Vorteile. Das Beitrittsgehalt beträgt 1 M., der Mitgliederanteil 15 M., der aber in Raten von 50 Pf. eingezahlt werden kann. Wer die Heimte als Mitglied in Anspruch nimmt, muß die Hälfte des Anteils entrichtet haben.

Die Genossenschaft besitzt folgende Ferienheime:



Ferienheim Stutenhaus

Das Ferienheim Stutenhaus im Thüringer Wald ist ein weltlich bekanntes früheres Berghotel. Seine überaus herrliche Lage am Fuße des Adlersberges bei Suhl (Thüringen) in 750 Meter Höhe hat dieses Heim zu einem beliebten Ferientouristen werden lassen. Es liegt völlig abgeschlossen von allem Verkehr und bietet durch seine hohe Lage eine umfassende Fernsicht, bis weit hinein in den Frankensteinwald blickt das schauende Auge. Herrliche Täler und ansteigende Berggipfel (die höchsten des Thüringer Waldes) ermöglichen schönste Wanderungen. Oberhof und andre bekannte Orte sind in wenigen Stunden zu erreichen. Das Heim hat 30 Zimmer mit zwei bis vier Betten, Aufenthaltsraum und Speisezimmer sowie große Wiesen. Wenn die reine Bergesluft da oben die nötige Erholung von des Alltags mühevoller Arbeit gewähren soll, der gehe hinauf! Er wird gekräftigt von neuem in die Tretmühle der Arbeit steigen können. Bahnstation des Heims ist Schmiedefeld an der Strecke Erfurt—Schleusingen.



Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda (Thür.)

Das Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda liegt am Ausgang des als Luftkurort stark besuchten Friedrichroda. Das Haus hat 40 Zimmer mit zwei und drei Betten und einige Einzelzimmer, großen Speisesaal. Zur Abhaltung von Kursen und sonstigen Tagungen ist ein besonderer Saal vorhanden. Weiter gehören zum Heim zwei große, von Wald umsäumte Wiesen. Friedrichroda ist mit der Bahn von Gotha oder Eisenach zu erreichen. Vom Heim aus sind Ausflüge nach Heuberg, Spießberg, Inselsberg und andern schönen Punkten des Thüringer Waldes leicht zu machen.



Ferienheim Eisenhammer (Dübener Heide)

Das Ferienheim Eisenhammer liegt in der Dübener Heide und ist von den Bahnstationen Sölkchau oder Döbberitz der Bahnlinie Leipzig—Eilenburg—Wittenberg zu erreichen. Es liegt im herrlichen Mischwald, hat große Wiesen, die den Besuchern zur Verfügung stehen. Ein großer Teich ladet zum Baden ein. Der Eisenhammer hat 20 Fremdenzimmer mit einem Bett, zwei und drei Betten. Vom Eisenhammer sind bequeme Ausflüge nach den schönsten Punkten der Dübener Heide und dem Bad Schmiedeburg zu unternehmen. Eine schöne Jugendherberge liegt in einem besonderen Gebäude.



Ferienheim Muldenhaus in Kautenfranz (Vogtl.)

Das Ferienheim Muldenhaus in Kautenfranz liegt im Orte Kautenfranz auf einer leichten Anhöhe. Kautenfranz liegt 650 Meter hoch und ist Bahnstation an der Bahnlinie Chemnitz—Neudorf. Kautenfranz ist von weitenweiten, bis in den Ort hereinreichenden Wäldern umgeben. Das Ferienheim ist für Sommer- und Winterbetrieb geeignet. Das Muldenhaus hat 20 Fremdenzimmer mit zwei und drei Betten. Außerdem enthält es eine gute, von den Fremdenzimmern räumlich getrennte Jugendherberge.



Ferienheim Steigerhaus bei Saalfeld a. d. Saale

Das Ferienheim Steigerhaus bei Saalfeld (Saale) liegt am Fuße der Gartenluppen und bietet ein herrliches Panorama auf die Stadt Saalfeld, das Saaleetal und die jenseitigen Höhenzüge. Die Lage ist äußerst sonnig und ruhig. Vom Hause aus lassen sich genussreiche Wanderungen in die schönsten Teile des Thüringer Waldes unternehmen, als da sind: das herrliche Schwarzatal, das ebenfalls schöne obere Saaleetal, Burg Layenstein bei Probstzsa. Das Haus hat 18 Fremdenzimmer mit zwei und drei Betten, schönen Aufenthaltsraum und eine gebogene Veranda. Es ist so recht geeignet, Urlaubstage gewinnbringend zu leben zu helfen.

Jede weitere Auskunft wird von der Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ in Jena, Marienstraße 2, von Interessenten bereitwillig erteilt.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Vom Kampf gegen die Ortskrankenkassen

Wir haben schon mehrfach an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum, um einen Abbau der sozialen Belastung herbeizuführen, auch eine Herabsetzung der Leistungen der Krankenversicherung verlangt. In der Öffentlichkeit wird gebohrt gegen die angeblich zu hohen Verwaltungsausgaben, nachdem nunmehr einwandfrei nachgewiesen ist, daß diese sich in durchaus normalen Grenzen bewegen, wird neuerdings das Publikum gaulisch gemacht mit den von den Ortskrankenkassen errichteten „Millionenpalästen“. Die ganze erste Seite widmet die „Deutsche Arbeiterzeitung“ diesem schaurigen Kapitel, indem sie eine Reihe Orte aufzählt, wo Ortskrankenkassen Neubauten errichtet haben. Auch die entstandenen Kosten werden der Wirkung halber mit aufgeführt. Daß jedoch die notwendig gewordenen Bauten wohl nirgends ohne Zustimmung der Arbeitgebervertreter im Vorstand und Ausschuß vorgenommen wurden, wird dem verehrlichen Lesepublikum verschwiegen.

Wenn andererseits die Kassen dazu übergehen, die Ausgaben herabzubilden durch Selbstabgabe bestimmter Heilmittel, durch Errichtung von Zahnkliniken und Ambulatorien, so verlangen dieselben Herrschaften die Unterbindung dieser Einrichtungen. Die Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei hatten sogar Anträge an den Reichstag gebracht, in denen die Abgabe von Heilmitteln den Kassen verboten wird. Grenzschärferweise hat der Reichsarbeitsminister sich diesen Wünschen gegenüber ablehnend verhalten. Er betonte bei der Statuierung, daß selbst die Betriebskrankenkassen (Arbeitnehmers- und Arbeitgebervertreter) sich gegen ein solches Verbot ausgesprochen hätten, und sagte dann folgendes: „Bei der Würdigung dieser Anträge ist von den gesetzlichen Aufgaben der Krankenkassen auszugehen. Die Krankenkassen haben ja nicht bloß Krankengeld, sondern auch Sachleistungen zu gewähren. In dieser Verbindung von Geld- und Sachleistungen liegt gerade der Vorzug und die Überlegenheit des deutschen Systems. Für Arznei und

sonstige Heilmittel mußten die Krankenkassen 1924 den Betrag von 92 Millionen und 1925 den Betrag von 134 Millionen Mark aufwenden. Bei diesem großen Verbrauch von Arznei und Heilmitteln ist es das natürliche Bestreben der Krankenkassen, auf die Preise der Sachleistungen Einfluß zu gewinnen. Preisstimmend wirkt allerdings schon die bloße Möglichkeit der Selbstabgabe. Eine ähnliche Wirkung haben aber auch Einkaufsgenossenschaften des Kleingewerbes. Das Verbot der Selbstabgabe an die Krankenkassen würde demnach eine Rechtsungleichheit schaffen und für deren Haushalt außerordentlich bedenklich sein. Natürlich ist eine solche Auffassung weit entfernt von jedweder schrankenlosen Ausübung solcher Rechte der Selbstabgabe. Der an sich natürliche Gegenfall, welcher sich hier zwischen den Lieferanten auf der einen Seite und den Kassen auf der andern Seite aufstut, kann nur dadurch beseitigt werden, daß eine vernünftige Verständigung über Zahlungsbedingungen stattfindet. Das Arbeitsministerium ist jederzeit bereit, seine Dienste zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen...“

Neben dem Unternehmertum sind es die Ärzte, die sich in scharfer Kampfstellung gegen die Kassen befinden. Der Ärzteberuf ist überfüllt. Die Ärzteorganisation ist der Ansicht, daß alle Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen sind und so honoriert werden, daß sie ein ausreichendes Einkommen erhalten. Nötigenfalls müßten die Mehrleistungen abgebaut werden. Die Kassen andererseits halten das System der organisiert freien Arztwahl für nicht allgemein durchführbar, weil es nicht zu bezahlen ist. Der preußische Wohlfahrtsminister hat kürzlich den Versicherungsträger eingeräumten Abschlag von 20 Proz. von der ärztlichen Gebührenerhöhung aufgehoben und damit den Kassen eine Mehrbelastung von 60 Millionen Mark pro Jahr auferlegt. Die Folgen zeigen sich in Beitragserschöpfung. Andre Länder werden höchstwahrscheinlich dem Beispiel Preußens folgen. Die Ärzte reden gern von den Hungerlöhnen der Krankenkassen. Tatsache ist, daß ein vollbeschäftigter Arzt ein Honorar bezieht, welches ein recht standesgemäßes Dasein ermöglicht. Die nicht vollbeschäftigten Ärzte haben natürlich, wie überall, entsprechend weniger Einkommen. Welche Einkommen aus Kassenpraxis bezogen werden, zeigt eine Aufstellung württembergischer Krankenkassen. Bei 1205 im Jahre 1925 beschäftigten Ärzten erhielten (ohne Weggeder): 68 Ärzte über 20 000 M., 109 über 15 000 M., 109 über 12 000 M., 111 über 10 000 M. Im einzelnen wurden folgende Honorare erzielt: 1 Arzt 48 000 M., 1 Arzt 42 000 M., 1 Arzt 37 000 M., ein Arzt 34 000 M., 2 Ärzte 32 000 M., 1 Arzt 30 000 M., 171 Ärzte teilten sich allein in eine Honorarsumme von 3 412 000 M. Das Durchschnittseinkommen dieser Ärzte betrug demnach 20 000 M. aus Kassenmitteln. Dazu kommen noch die Einkünfte aus andern Versicherungen und Privatpraxis. Durch die Gebührenerhöhung werden die vollbeschäftigten Ärzte nun noch reichlich mehr bekommen, während die wenig Beschäftigten weiter über die Not des Arztstandes klagen werden.

Helmuth Lehmann verlangt in der „Deutschen Krankenkassen“ eine gründliche Reform des kassenärztlichen Dienstes. Er sagt dort u. a.

Was wollen die Kassen? Eine hochverehrte, dem jeweiligen Stande der Wissenschaft entsprechende ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder. Dazu ist nicht notwendig, daß jeder Klumper oder Grünling, nur weil er durch die Examen geschüpft ist und also eine Approbation als Arzt besitzt, Kassenarzt werden muß und zeit lebens bleibt. Dazu ist nicht notwendig, daß jeder Patient zu jedem Arzt gehen kann, dessen Fähigkeiten er gar nicht beurteilen kann, der aber vom Nachbar empfohlen wird. Wohl aber ist notwendig, daß der Arzt Zeit für einen ernsthaften Kranken hat und so ausreichend beschäftigt ist, daß er über genug Krankenmaterial zu seiner Weiterentwicklung verfügt, also vollbeschäftigt ist. Solcherart vollbeschäftigte und vollwertige Ärzte müssen gut bezahlt werden. Warum sollen sie nicht 1500 M. monatlich aus der Kassenpraxis beziehen? Vielleicht muß ein gerechter Lohn für sie sogar noch höher sein.

Soll das System des freigewählten und freipraktizierenden Arztes noch länger aufrecht erhalten bleiben, dann muß es statt durch eine unwirksame Nachkontrolle der Ärzte durch eine wirksame Vorkontrolle der Kranken ergänzt werden. Die Ärzte mügen Vertrauensärzte benennen, zu denen alle sich Krankmeldenden — abgesehen von schweren und dringenden Fällen — zu gehen haben. Die Leichtkranken — auch die chronischen Fälle — werden abgefordert, alle schwereren akuten Fälle aber gehen zu den behandelnden Kassenärzten über.

Für die Landbezirke sind gewisse Abwandlungen nötig. Die Vertrauensärzte müssen in regelmäßigen Turnus „auf die Dörfer gehen“. Auch könnten die Bezirksärzte diese Kassen mühten allenthalben „Arztbezirke“ einrichten für die Behandlung der Leichtkranken mit einem Fixum entschädigt werden.

Die Vertrauensärzte werden von der Kasse mit einem Fixum besoldet.

Die chronischen Fälle schwererer Art werden bestimmten Fachärzten überwiesen.

Dann können die freigewählten Kassenärzte nach Einzelleistungen bezahlt werden.

Alle Scheinärzte, alle Polypragmatiker, alle Fische aber werden rüchlos ausgeschieden.

Und die große Zahl der unbeschäftigten Ärzte? Darüber mag sich die Ärzteorganisation mit dem Staat und den Gemeinden unterhalten. Ihnen obliegt die Sorge für die öffentliche Gesundheitspflege und die Beschäftigung jener Ärzte. Mögen dort erst einmal die finanziellen Opfer gebracht werden, die man den Krankenkassen zumutet.

Zu dem vielumstrittenen Thema „Ärzte und Krankenkassen“ nahm auch der bekannte Sozialhygieniker Professor Dr. Großhahn in der „Münchener Zeitung“ vom 11. Oktober 1926 das Wort. Er ist der Meinung, daß die Lösung

nicht lauten dürfe, entweder strenge Bindung an Bezirke und Ambulatorien oder freie Arztwahl, sondern ein Nebeneinander beider Systeme, das jedem Kranken gestattet, sich im Bedarfsfalle für das eine oder andre zu entscheiden. Ohne das feste Rückgrat einer für die Tätigkeit bei den Versicherungsträgern verpflichteten Ärzteschaft in mehr oder weniger beamtenähnlicher Stellung dürfte es allerdings auf die Dauer kaum abgehen, meint er weiter. „Es läßt sich sowohl eine Regelung denken, bei der die Kassenzärzte in ein geschlecht geregeltes Verhältnis zu den Versicherungsträgern, also nicht bloß den Krankenkassen, treten und Anstellung und Aufsicht wie in England von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission unter dem Vorhitz eines Regierungsrückreters erfolgt. Die Ärzte hätten den kassenärztlichen Dienst entweder als Bezirksärzte oder in Gruppen an Ambulatorien zu versehen, die von den Versicherungsträgern zu errichten und zu unterhalten sind. Jeder Arzt würde für einen mehr oder weniger großen Teil seiner Tagesarbeit an eine fixierte Stelle gebunden sein.“

Professor Großjahn will bei seinen Vorschlägen auch den Forderungen der freien Arztwahl Rechnung tragen. Er hofft das durch folgende Maßnahmen erreichen zu können: „Dieses für manche Kranke subjektiv und für manche Krankheiten auch objektiv berechtigtes Bedürfnis nach freier Arztwahl ließe sich aber dadurch befriedigen, daß dem Krankenkassenmitglied begehrt das Recht eingeräumt wird, entweder in jedem einzelnen Falle oder für einen bestimmten Zeitraum von der Kasse die Barablösung der Verpflichtung zur Lieferung von ärztlicher Hilfe und Heilmitteln zu verlangen. Das Kassenmitglied erhält in diesem Falle als Ablösung des Markens, die es zur Begahlung jedes von ihm beliebig gewählten Privatärztes oder der Apotheke benutzen kann. Die Zahl der Marken und damit die Höhe der Ablösung würde sich nach den Beitragsklassen abufen lassen. Die Marken werden natürlich nur in seltenen Fällen zur vollständigen Begleichung der privatärztlichen Rechnung ausreichen. Es wird der Kranke zum Zusatz genötigt sein. Aber gerade dieser Umstand wird den Mißbrauch dieser nun wirklich freien Arztwahl verhüten. Will der Patient das Opfer der Zuzahlung nicht bringen, so muß er sich eben der ihm von der Kasse unentgeltlich zur Verfügung gestellten Hilfe der Bezirks- und Ambulatoriumsärzte bedienen.“

Auch wir glauben, daß im Interesse einer sachgemäßen Behandlung der Kranken und einer gesunden Weiterentwicklung der Krankenversicherung die Kassenzarzfrage dringend einer geschicklichen Neuregelung bedarf. P. Lo.

Krankensbesucher und Vertrauensarzt

Zu den Einrichtungen unserer Krankenkassenversicherung, die von den Versicherern am meisten kritisiert werden, gehört zweifellos das Vorhandensein von Krankensbesuchern und Vertrauensärzten bei den Krankenkassen. Jede Kritik ist selbstverständlich erlaubt und oft sogar gut, da sie Anregungen gibt. Die Kritik, die von den Versicherern an den Krankensbesuchern und Vertrauensärzten geübt wird, geht aber meist von ganz falschen Voraussetzungen aus. Es ist deshalb notwendig, auch über dieses Thema an dieser Stelle einmal einige Worte zu verlieren.

Das Amt eines Krankensbesuchers ist keineswegs beneidenswert. Wohl kein Angestellter der Krankenkassen wird von den Kranken mit so mißtrauischen Blicken emp-



**Sechzig Jahre
Verbandsmitglied**



Anton Kämpfe in Genä
Eingetreten am 5. Mai 1867
Ist Invalide

**Fünzig Jahre
Verbandsmitglied**



Heinrich Wolters, Elmshorn
Eingetreten am 1. Januar 1877
Noch berufstätig



E. Leonhardt, Freiberg (Sa.)
Eingetreten am 9. April 1877
Ist Invalide



fangen, wie eben die Krankenbesucher. Nach der Meinung wohl der meisten Versicherten besteht die Aufgabe dieser Angestellten darin, die erkrankten Kassensmitglieder zu kontrollieren und zu beobachten, ob die Bestimmungen der Krankenordnung beachtet werden, die Ausgehheit eingehalten wird usw. Gewiß gehört dies auch mit zu den Dienstobliegenheiten der Krankenbesucher. Es wird wohl jedes einsichtige Kassensmitglied zugeben müssen, daß es stets eine nicht geringe Anzahl von Personen gibt, die derartige bestehende Einrichtungen, wie Krankenkassen usw., ausnützen wollen und dies in vielen Fällen auch ausführen. Erfolgreicherweise ist diese Zahl der Kassensmitglieder nicht in der Mehrzahl, sonst wäre die Leistungsfähigkeit der Kassen längst erschöpft. Es ist Pflicht der Krankenkassen, die übrigen Kassensmitglieder vor derartigen „Kassenmardern“ zu schützen. Ist es doch das Geld der Mitglieder, welches von diesen Personen unrechtmäßig in Anspruch genommen wird. Aufgabe der Krankenbesucher ist es nun, derartige Personen, die zu Unrecht Kassensleistungen in Anspruch nehmen, zu beobachten. Wenn ein wirklich krankes Kassensmitglied einmal vom Krankenbesucher nicht angetroffen wird, da es spazieren gegangen ist, so wird kein Mensch etwa deswegen dieses Mitglied bestrafen. So ist zum Beispiel bei einer sächsischen Ortskrankenkasse mit 13 000 Mitgliedern in den letzten zwei Jahren kein einziges Mitglied mit einer Ordnungsstrafe wegen Übertretung der Krankenordnung bestraft worden. Die eigentlichen Aufgaben der Krankenbesucher sind ganz andere. Sie sollen Berater der Erkrankten sein. Sie kommen in die Wohnungen der Kranken und können so eher wie die Innenbeamten der Kasse feststellen, wo den Kranken der Schuh drückt. Sie können das Mitglied beraten über Leistungen der Kasse, sie können Ratsschlüsse geben, wie die Verordnungen der Ärzte; am zweckdienlichsten ausgeführt werden, sie können auf die Möglichkeit der Durchführung eines Heilverfahrens durch die Landesversicherungsanstalt hinweisen und dieses eventuell in die Wege leiten. Bei wirklich notleidenden Familien können die Krankenbesucher veranlassen, daß entweder durch die Kasse oder die öffentliche Fürsorge oder sonstige hilfswichtige Einrichtungen dieser Familie in irgendeiner Weise geholfen wird. Die Krankenbesucher sollen auch darauf achten, daß der Kranke von seinen Angehörigen richtig gepflegt und behandelt wird (Lüftung des Krankenzimmers, Aufschütteln des Bettes usw.). Alles dies sind die eigentlichen Aufgaben der Krankenbesucher. Gewiß mag es auch einige Angestellte dieser Berufsgruppe geben, die sich nicht dieser idealen Aufgabe widmen, sondern die sich nur als Polizeiorgane geben. Diese Ausnahmen bestätigen aber nur die Regel. Außerdem haben die Mitglieder doch das Recht, diese Art von „Sozialbeamten“ durch die Organe der betreffenden Kasse (Vorstand und Ausschuß) von ihrem falschen angestammten Posten entfernen zu lassen.

Wohl noch mehr bekannt wie die Krankenbesucher sind die sogenannten Vertrauensärzte der Krankenkassen. Die weit verbreitete Meinung, daß die Ärzte von den Kassen nur deshalb unterhalten werden, um täglich ein besonders großes Maß von kranken Mitgliedern „gesund“ zu machen, ist falsch. Selbstverständlich haben diese Vertrauensärzte auch die Pflicht, diejenigen einer genauen Untersuchung zu unterziehen, die den Verdacht erwecken, Kassensleistungen in Anspruch zu nehmen, ohne daß eine wirkliche Notwendigkeit hierzu vorliegt. Genau wie die Krankenbesucher haben aber auch die Vertrauensärzte noch eine andre Aufgabe, die viel wichtiger ist und eigentlich der Hauptzweck dieser

**Aus der Jugend- und Wanderzeit eines
Leipziger Handsehers**

Meine Wiege stand in der weltberühmten Buchdruck-, Messe- und Seestadt Leipzig. Es ist schon lange her, mehr als 50 Jahre. Das Schicksal hat mich in eine Thüringer Kleinstadt verschlagen. Groß ist mein Bedauern, daß ich in der Wahl meiner geehrten Eltern ziemlich unvorsichtig war. Es waren arme „Protetierler“, mein Vater war Seher im „Tageblatt“, wir drei Jungens bildeten ihr einziges Kapital. Ich habe mir nie etwas auf unsre Armut eingebildet. Armut ist ja bekanntlich keine Schande, Reichtum aber manchmal auch nicht. Offen gestanden wäre es mir lieber gewesen, ich hätte ein paar Pfennige Kleingeld besessen, um andern Freude bereiten zu können, wozu sich ja der böse Mammon besonders eignet. Denn ganz unerklärlicherweise existieren immer noch ungezählte arme Menschenkinder, die das Leben nicht als einen Dudesack betrachten können, und deren Weltanschauung infolgedessen nicht nach rechts gerichtet ist! Wenn doch jeder täglich 20 M. auf die hohe Kante legen wollte, da wäre aller Jammer gehoben! Wie oft habe ich mir dies einfache Rezept in meinem Unverstande versichert!

Die Haare möchte man sich einzeln ausraufen, ganz kleinlaut und erbarmungswürdig kommt man sich vor, wenn man bedenkt, was die Großstadtjungens doch für arme Kerle waren. Unser täglicher Spielplatz waren nicht etwa große Tennisplätze mit allen denkbaren Turngeräten, nicht freie Wälder und Berge, wie sie die Thüringer Kleinstadtjungens benutzen können, nein, wir konnten nur auf gefährlichen Straßen spielen und wunderten uns, wenn wir wieder mal lebendig nach Hause kamen, wenn uns Straßenbahnen, Fuhrwerk und Radler nicht überfahren hatten. An uns hat das jedenfalls nicht gelegen! Die Knechtchen besaßen, ein fabelhaftes Geschick, uns auszubiegen. Und Straßenhändlertrügler trösteten uns: Euch passiert nichts

auf der Straße, Kinder, Unkraut vergeht nicht! Das hat uns sehr beruhigt!

In der Luft schwirren eine Menge Vögel herum, die nicht säen, die aber nach einem betannten Spruche, „Unser himmlischer Vater doch ernährt“. „Amsel, Drossel, Fink und Star und die ganze Vogelschar“ haben wir in der Schule mit Eifer gefungen, aber wie diese Vögel aussehen könnten, davon hatten wir ja nicht die geringste Ahnung. Unfre Kleinräuber kennen sie schon an ihrem Gezwitscher. Wie oft habe ich Mund und Nase aufgesperrt, wenn sie die schwarzen Amseln und Finken bewunderten oder dergleichen. Aber wenn in Leipzigs Straßen irgendwo graue, zeternde, schimpfende Sperlinge sichtbar wurden, da waren wir Jungens sofort im Wilde! Und wie „gelehrt“ kamen wir uns den Jungens in Oberhof gegenüber mit unserm Sperlingsverstande vor, die überhaupt keine Sperlinge kennen! Hätte man uns doch gratis Zutritt gewährt in den Leipziger Zoologischen Garten, vielleicht hätten wir all die zahlreich heimischen Singvögel kennen und schätzen gelernt! Wir hätten uns „reich“ gefühlt!

Die jedem Fantikenerinter interessanten Störche (hier fliegen sie frei, für alle sichtbar herum!), wir haben sie stets ins Reich der Fabel verwiesen. Wir glaubten schon als Schuljungens nicht an ihre Existenz, obgleich wir nicht jezuell aufgeklärt worden waren. Der Augenschein hat uns aber belehrt, daß es doch Störche gibt, wenn wir auch nicht daran glauben wollten.

Wie unendlich reich unsre Fauna ist, davon haben wir nichts gewußt, nur ganz dunkel gehört. Von den existierenden Bäumen interessierten uns besonders die Obstbäume. Ihre Blätter kannten wir natürlich nicht, aber wenn Früchte dranhingen, so konnten wir jeden einzelnen Baum benennen! Daß es auch Roggen, Gerste, Weizen, Hafer gab, das wußten wir. Aber unterschieden konnten wir sie nicht, wir hatten dafür einen Sammelnamen: Getreide! Das konnten wir unter diesem Namen bequem nennen. In wir waren tüchtige Hasen! Unfre Naturkenntnis war beispiellos

stauenswert. Aber einbilden konnten wir uns wirklich nichts darauf. Und taten es auch nicht.

Wer zweifelt noch daran, daß wir arme Großstadtjungens waren? Schluchzen könnte man über seine arme Jugend. Unser braver Vater aber hat uns oft gelehrt: Jungens, ihr dürft überhaupt nicht weinen, das überläßt nur neidischen Mädchen. Kassen euch trübe Stunden, so heißt herzhafte die Zähne zusammen, aber klagt nicht; habt Selbstvertrauen und seid nie feig. Wenn ein Stärkerer kommt und euch verlobt, so wehrt euch; aber heult mir nicht die Ohren voll! Und wir haben uns gewehrt ein ganzes Leben lang, denn Leben heißt kämpfen. Wir haben gekämpft! „Bleibt ehrlich, Jungens, auf euch muß sich jeder verlassen können, bleibt rechtschaffen und zuverlässig, Ehrlichkeit währt am längsten! Hängt nicht am Gelde! Das Geld hat nur den Wert, daß ihr andern Freude bereiten könnt! Wie sagt der Volkspoet Rosegger? „Den Mitmenschen Freude zu bereiten, das ist das Beste, was man im Leben haben kann.“

„Geldverdienen“, das schrieben wir schon groß, als wir kaum schreiben konnten. Es war ja unser Stolz, einige Groschen der Mutter bringen zu können, denn schon sehr früh mußten wir, daß das Leben viel-Dornen uns-Amen bringt. Beispielsweise ging ich in die sogenannte Katschete. Dort sollten angehende Theologen feststellen, ob sie sich klar ausdrücken und unsern kindlichen Verständnis sich anpassen könnten. Sie ergößten uns biblische Geschichten und fragten uns nach den zehn Geboten. Ich war sonst stets „Klassensel“, oder vielmehr Klassenreifer, deshalb schickte mich der Lehrer mit in die Katschete; obgleich ich als „Reformierter“ die lutherische Religionsstunde nicht zu besuchen brauchte und infolgedessen vielen Fragen der theologischen Studenten vollständig fremd gegenüberstand. Meine Antworten mögen wohl manchmal sehr konfus gewesen sein. Aber ich verdiente ja Geld, das ich freudig der Mutter überbringen konnte! Dann besuchte ich den „Verbandkursus“. Hier mußten unter Aufsicht von Professoren

ganzen Einrichtung ist. Die Vertrauensärzte sollen diejenigen Kranken, die von den Krankenbesuchern als besonders fürsorgerbedürftig erkannt werden, unterstützen. Zweck der Untersuchung ist, eine genaue Diagnose aufzustellen, um auf Grund dieser eine richtige Heilbehandlung durchzuführen, Heilverfahren einzuleiten usw. Weiter haben diese Ärzte die Aufgabe, bei ansteckenden Krankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten usw.) den Entstehungsherd zu ermitteln und dann im Verein mit den Stadtärzten usw. zu bekämpfen. Oft kommt es auch vor, daß ein Krankenmitglied von seinem behandelnden Arzt nicht richtig behandelt wird, da diesem die nötigen Einrichtungen (Röntgenapparate usw.) fehlen. In diesen Fällen sollen die Vertrauensärzte im Interesse der Erkrankten die Behandlung in die richtigen Wege leiten. Bei Maßnahmen des Rassenvorstandes, wie Erweiterung der Leistungen oder Herabsetzung derselben, Ankauf und Unterhaltung von Genesungsheimen, Badeanstalten usw. sind die Vertrauensärzte die sachmännlichen ärztlichen Berater des Vorstandes und der Rassenverwaltung. Selbstverständlich kommt es auch hier darauf an, daß die richtigen Personen als Vertrauensärzte bestellt werden. Nicht jeder Arzt eignet sich hierzu.

Nachmals kurz zusammengefaßt sind die Krankenbesucher und Vertrauensärzte nicht die Polizeigorgane der Krankenkassen. Sie sind in erster Linie Berater der Versicherten. Bei dieser Gelegenheit müssen sie im Interesse der gesamten Mitglieder die Personen ausmerzen und ihnen das Handwert legen, die die Kasse in irgendeiner Weise auszunutzen versuchen.

Korrespondenzen

Barmen. In der Versammlung am 11. April tätigte fünf Aufnahmen und vollzog einen Ausschluß. Der Kartellbericht, der hauptsächlich die Bildung des Gewerkschaftshausbaufonds betraf, fand die Zustimmung der Versammlung. Der Bericht der Vertrauensleute über die Durchführung des neuen Tarifs und Lohnabkommens ergab, daß der Lohnaufschlag in allen Druckereien begünstigt worden ist. Das Bezirksjahresscheit findet im „Standbad“ zu Gevelsberg im Monat Juli statt. Die Erledigung einiger Sachen lokaler Natur beendeten die Verhandlungen.

Götha. (Maschinenseher.) Am 24. April hielt unsere Gewerkschaft ihre Jahreshauptversammlung ab. Außer dem geschäftlichen Teil stand noch der Vortrag: „Tarif, Leistung, Lohn“, mit anschließender Sachberedung auf der Tagesordnung. Die Aktualität dieses wichtigen Themas spiegelte sich in der hohen Zahl der Versammlungsbesucher wider. Aus 25 Orten waren 186 Kollegen erschienen, um sich in die Materie der Sachberedung zu vertiefen. Wie wichtig die Beherrschung der Sachberedung ist, ließ auch der Referent, Kollege Bauer (Leipzig), in seinem Vortrage erkennen: „In Hand einiger Beispiele aus der Praxis führte er den Fußstapfen vor Augen, zu weichen unheimlichen Reibereien mit den Prinzipalen und auch den Kollegen die Untermisshandlung der Sachberedung führen kann. Die Pflicht, die Reibereien für die Zukunft auf ein Minimum zu beschränken, lag für den Vorstand bei der Wahl des Themas auch zugrunde. Den Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gab Vorsitzender Wihelms. In dem Jahre 1926 bewegte sich in ruhigen Bahnen. Nur in einem Fall machte man wieder den Versuch, einen Berufsstreikenden an die Maschine zu bringen. Dies wurde verhindert. Anträge waren aus dem Orden nicht eingegangen, dagegen ein Antrag des Vorstandes, der die Wählung einer Summe von jährlich 200 M. zur Gründung eines Reservefonds vorsieht und zur Finanz-

gierung des im Jahre 1929 stattfindenden 25. Stiftungsfestes dienen soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Wahl des Vorstandes und Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl. Die Beantwortung einiger technischer Fragen aus Kollegenkreisen bildete den Abschluß der harmonisch und gut verlaufenen Versammlung.

Hindenburg (Oberst). In der Versammlung am 23. April wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Vorsitzenden des Bildungsverbandes der Ortsgruppe Buehnen, Kollege Gittel, über „Die Gesundheitsprüfungen im Bezirk Buehnen“ mit entsprechendem Anschauungsmaterial. Ein zweiter Vortrag des Vertreters Scholz von der Volkshilfsorga, über „Genossenschaftswesen und Volkshilfsorga“ wurde in Anbetracht der vorgerückten Zeit nur getüzt gegeben. Nach Erhaltung des Rassenberichts gab Vorsitzender Gommelmann einige Eingänge bekannt. Kollege Urtuch erstattete den Kartellbericht. Von unserm Ortsverein ist ebenfalls Protest gegen die letzte Gewerkschaftsgerichtsbarkeit eingelegt worden. Unter „Beschiedenem“ wurde beschloffen, an den beiden Pfingstfeiertagen einen Ausflug nach Neustadt-Bischhofskoppe-Judmantel-Ziegenhals zu veranstalten.

Donaudorf. (Maschinenseher.) Als zweite Veranstaltung im Rahmen des vom Vorstand vorgesehenen Programms wurde am 24. April die Besichtigung der Kromschroder'schen Gasbrennstofffabrik vorgenommen. 55 von 66 Mitgliedern waren aus dem ganzen Bezirk der Einladung des Vorstandes gefolgt. In freundlicher und liebenswürdiger Weise leitete die Firma durch Herrn Oberingenieur Dieck empfangen und begrüßt, hielt uns dieser nach vorausgegangenem Begrüßungswort unseres Vorsitzenden einen Vortrag über den von der Firma Kromschroder hergestellten Gasregler „Regulo“. In Hand einer Zeichnung sowie praktisch an einem Apparat verstand es der Redner, seine Ausführungen bis in alle Einzelheiten den Kollegen vor Augen zu führen. Anschließend an den Vortrag fand dann die Besichtigung des Laboratoriums statt. Hier sah man die verschiedensten Ofen, wie Backöfen, Heißöfen, Trockenöfen, Röhrofen, Aufstehöfen usw., welche alle mit dem Gasregler versehen waren und in betriebsfertigen Zustand sich befanden; außerdem sah man hier einen Gießel der Typograph-Segmalmaschine, an welchem ein Mprega-Gasregler eingebaut war und in freundlicher Weise von Herrn Ingenieur van Hoober den Kollegen demonstriert wurde. Die hier aufgestellten Ofen und sonstigen Apparate erweckten großes Interesse bei den Kollegen. Der Gasregler „Regulo“ ist ein bewährter Temperaturregler bei allen mit Gas betriebenen Maschinen, Ofen usw., da er die Gaszufuhr peinlichst genau regelt, und besonders für Segmalmaschinen nur zu empfehlen ist. Wo dieser Regler in Segmalmaschinen vorhanden ist, sind wir auf dem hygienischen Gebiete schon einen guten Schritt weitergekommen, da die Luft in den Segmalmaschinenräumen eine bedeutend bessere ist, außer der Gasersparnis, die der Apparat bietet. Nach herzlichen Dankesworten unseres Vorsitzenden W. Heemann, fand die Besichtigung ihr Ende. Der Firma Kromschroder für ihr freundliches Entgegenkommen sowie den Herren Oberingenieur Dieck und Ingenieur van Hoober für an dieser Stelle nochmals Dank ausgesprochen. In der hierauf abgehaltenen Versammlung wurde die Wahl der Delegierten zur Wägung in Göttingen getätigt.

Stuttgart. (Sänger vorstandskonferenz.) Am 3. April, um 10 Uhr vormittags, eröffnete in der Wiederhalle in Stuttgart der Vorsitzende der Zentrale, Kollege Schneider, die Konferenz mit einem Willkommen, dem der Sängervorstandspräsident folgte. Die Vertretung der Präsenzliste stellte folgende Vertretung der Buchdruckerangehörigen Süddeutschlands fest: München: Lanke; Frankfurt a. M.: Buddenberg und Ströck; Freiburg i. B.: Keller und Berg; Würzburg: Weinich; Ludwigshafen a. Rh.: Woller; Mannheim: Mann; Saßen; Heilbronn: Heinrich; Mainz: Mann;

Karlsruhe: Manke und Weghaus; Pforzheim: Schrott; Stuttgart: der Vorstand der Zentrale, Kollege Schneider, Kassierer Sailer, Schriftführer Gutscher, Essig, Stammler, Schöb, Schent, Kaiser, Kullmer, Kient und Heimgelmann. Neustadt und Saarbrücken hatten sich entschuldigt. Vor Bekanntgabe der Tagesordnung stellte Kollege Weinich (Würzburg) die Frage, warum Augsburg und Nürnberg nicht an der Konferenz teilnehmen. Kollege Schneider erwiderte darauf, daß von Augsburg erst in den letzten Tagen eine Nachricht eingegangen sei, worauf gleich eine Einladung zur Konferenz folgte. Von Nürnberg seien früher immer Briefe zurückgekommen und daher habe er von einem Buchdruckerangehörigen in Nürnberg keine Kenntnis. Hierauf wurde in die Beratung folgender Tagesordnung eingetreten: Besprechungen über den zweiten süddeutschen Buchdruckerkongress 1925 in Karlsruhe und den dritten süddeutschen Buchdruckerkongress 1928 in München und dessen eventuelle Verlegung auf das Jahr 1929. Kollege Lanke (Karlsruhe) gab nun einen ausführlichen Bericht über den Süddeutschen Buchdruckerkongress auf Pfingsten 1929 in Karlsruhe, dem sich der Rassenbericht des Kollegen Sailer anschloß. In der Debatte sprachen sich alle Vertreter sehr lobend über den Sängertag in Karlsruhe aus und wünschten, daß der nächste Buchdruckerkongress eben so schön werde. Für den freundlichen Empfang der Delegierten in Stuttgart und das Gebotene am Vorabend, im Festsaal der Wiederhalle von der Buchdrucker-Gesellschaft wurde herzlich gedankt und das gelungene Können der Stuttgarter Kollegen besonders hervorgehoben. Kollege Schneider machte den Vorschlag, den Beitrag von 1 M. pro Sänger für das Jahr 1927 beizubehalten, der auch einstimmig angenommen wurde. Unter Punkt 2 kam der Dritte süddeutsche Buchdruckerkongress in München zur Sprache. Vorsitzender Schneider war für Verlegung dieses Sängertages auf das Jahr 1929, da im Jahre 1928 zugleich das Arbeiterjubiläum in Hannover stattfand und an diesem auch verschiedene Kollegenangehörige teilnehmen würden. Kollege Lanke (München) überbrachte von München die herzlichsten Grüße und entließ die Sitzung eines Auftrages, bei der Verlegung des Dritten süddeutschen Buchdruckerkongresses auf 1929 einzutreten. Nach längerer Debatte wurde über folgenden Beschluß abgestimmt: „Der Dritte süddeutsche Buchdruckerkongress in München wird endgültig auf das Jahr 1929 festgelegt, selbst wenn auch das Arbeiterjubiläum in Hannover im Jahr 1929 in Hannover stattfindet.“ Die Wählung ergab folgendes Resultat: acht Stimmen waren für die Verlegung auf das Jahr 1929 und vier Stimmen dagegen. Kollege Saßen (Mannheim) äußerte den Wunsch, in Zukunft Programme von den einzelnen Veranstaltungen auszutauschen. Hierauf wurde die Konferenz mit einem „Auf Wiedersehen in München im Jahre 1929“ geschlossen.

Wiesbaden. In unserer Aprilversammlung stand auf der reichhaltigen Tagesordnung u. a. ein Vortrag des Herrn C. Closs von der Geschäftsleitung des Konjunkturvereins für Wiesbaden und Umgegend. Der Vortragende sprach über das Thema „Die Ziele der Konjunkturoffensivbewegung“ und führte vor: „Königreich der Zukunft“, um „Johann“ auf die Wege und Aufgaben hinzuweisen, die beschritten bzw. erfüllt werden müssen. Die Arbeiterschaft, so führte der Redner aus, kann auf das, was bis heute geschaffen, mit berechtigtem Stolz zurückblicken. Die glücklicherweise hinter uns liegende Inflation mit ihren Begleiterscheinungen, Währungszerfall usw. stellte im Verlaufe auch die Genossenschaft in bezug auf finanzielle Mittel vor ein Nichts. Trotz der sich in Deutschland in den letzten Jahren ungeheuer mehrenden Konturze, stehen unsere Genossenschaftsverbände unerschüttert da. In vielen Zweigen haben wir nicht nur ein kräftiges Aufstreben zu verzeichnen, sondern sogar den ziffernmäßigen Stand der Vorkriegszeit bei weitem überschritten. Mit Vertrauen können

angehende Ärzte lernen, uns kunstgerecht zu verbinden und mit Mullbinden unsere Arme, Beine und Köpfe umwickeln. Köpfe? Daß kein Zerturn auskommen kann, wir hatten jeder natürlich nur einen einzigen Kopf. Wir erkannten uns oft selbst nicht mehr mit unsern umwickelten Köpfen, wie Beduinen kamen wir uns vor. Wir brachten regelmäßig einen starken Chloroformgeruch mit nach Hause. Es war zum Götterdaznen.

Von andern Erwerbsmöglichkeiten der Jungen entfinne ich mich noch des Regelaufsehens, des Koffersagens; der Wehnhilfe. Ich machte da nicht mit, denn ich mußte ja in den „Verbandkursus“. Ohne jeden Stolz muß ich nochmals bekennen, es war eine arme Kindheit, aber trotzdem denke ich freudig zurück an unsere goldene Jugendzeit!

Dann kam meine schönste Zeit, die besonders bei Jugend-erziehern sehr beliebt ist, dann kamen meine Lehr- und Flegejahre. Eigentliche Flegejahre habe ich nicht verübt, dazu war ich viel zu ernst veranlagt und wuchs heran zu einem Bücherwurm. Ein gutes Buch, Lederstrumpf oder dergleichen, war mein alles. Ich habe sehr viel gelesen, Spinoza und auch Karl Marx, viel habe ich leider nicht verstanden. Es schloß uns das systematische Studieren! Ich besuchte vielerlei Versammlungen, um zu profitieren und mich auszubilden. Am besten hatten mir die Vorträge und Bücher gefallen, die von andern Ländern handelten. Die Reichsteil erwachte in mir, die alte deutsche Wanderlust. Alle Einsprüche dagegen befestigten nur meinen Voratz, zunächst mal die Schweiz kennen zu lernen. Mein Prinzipal sagte:

Die Freuden, die in der Heimat wohnen, Die suchst du vergebens in andern Zonen. Das konnte jeder sagen. Ich wollte mich erst einmal überzeugen. Hätte ich Kleingeld gehabt, ich wäre vielleicht per Auto gefahren oder auch ganz bescheiden vierter Güte der Eisenbahn. Dazu langte es ja nicht. So sagte ich dann den heroischen Entschluß, auf Schusters Rappen Loszutippeln. Der Buchdruckerverband zahlte mir pro Tag 1 M. Reis-

unterstützung. Das habe ich als größte Wohltat angesehen. Infolgedessen mußte ich nicht bei Bauern in Scheunen schlafen oder in Strobdöfen. Abgesehen habe ich doch einige Male mit Erfolg in Strobdöfen geschlafen. Wie die Halbgötter dachten wir, „Amden“. Manden Großchen habe ich auf diese einfache Weise an Schlafgeld erspart und die „Herbergen“ um Geld gebracht. An, die verdienten so noch genug an der Armut. An „warm“ Essen war natürlich nicht zu denken. Nur auf den Zahnhallen wurde gesüßelt. Da hätte der letzte Pfennig draufgehen können, wenn einmal recht gemittliche Kollegen zusammengeeraten waren! Im allgemeinen war ich auf der Waise unzeitweilig Begeisterter geworden. Wenn man nicht zu arbeiten und keine Kräfte braucht, hat man „nicht das geringste Verlangen“ nach kräftiger Fleischkost. Wie viele Kalorien der Mensch zu sich nehmen soll, das mögen eifrige Ärzte feststellen — mir war es ziemlich schuppe.

So nahm ich denn Abschied von der lieben Heimat, ohne Kuckuck, ohne Bündel, ohne Felleisen, ohne Reisebegleiter, voll banger Erwartung, was mir die unbekannte Fremde bieten würde. Wie würde ich in die nächste Stadt kommen? Ohne Kompaß. Es ging wundervoll. Nur nicht überflürzen, nur Zeit nehmen auf der Reise. Und ich lag oft im Grafe und schaute in den Himmel und sah hinauf auf die bunte närrische Welt. Wo die Schornsteine rauchten und haltende Menschen dahinkamten, um das bishigen Essen zu erwerben. Ich war bedürfnislos geworden wie ein Inder. Auch fatalistisch — es war ja alles Bestimmung und würde schon kommen wie es kommen mußte. Mit dem Stücken ging ich los, mit einem wasserdrichten Spazierstock. Aber bis zur Schweiz regnete es Tag für Tag und mein Körper diente als Wassleinne. Am Körper wurde ich täglich naß und wieder trocken. Und heute noch bewundere ich meine gesunde Natur. Rheumatismus hätte ich zum allermindesten bekommen und erwarten müssen.

Schließlich wurde mir das fortwährende Regenwetter doch zu dumm und ich kaufte mir bei einem Trödler in

Basel für zwei Franken eine kostbare herrliche Muspriße. Die zwei Franken hätte ich auf andre Art anlegen können! Denn nun ich mit einem Regenschirm bewaffnet war, regnete es überhaupt nicht mehr. Bestimmung, Matheur, Best?

In Eisenach traf ich einen Kollegen, mit dem zusammen ich die Straßen Deutschlands durchstippelte und unsicher machte. Er war ein gelungenes Heft, immer lustig und froh, wenn auch sein Geldbeutel oft ganz schlapp war. Sein Wahlspruch lautete:

Hab Sonne im Herzen, ob's stürmt oder schneit, Ob der Himmel voll Wolken, ob die Erde voll Leid. Der Kolleg war besonders lang geraten. Seine Beine gingen bei der Erde an, dann schob er in die Höhe wie ein Stengel Spargel nach fruchtbarer Regen, so daß ich bestichtete, er höre überhaupt nicht auf. Aber mit einem kleinen Kopfe machte er doch endlich Schluß, ehe er im Himmel ankam. Wir zwei wandernden Kollegen haben sehr gut harmoniert, sogar quadrätel haben wir auf der Buchdruckerherberge. Der Himmel hing uns voll voller Geigen. Sorglos schwammen wir durchs Leben, hofen Biakkum, Ordscheigen und Berbandsunterstützung. Wir fühlten uns reicher als Rothschild oder meinewegen der Kaiser!

Einmal haben wir beide in der reißenden Fiar bei München. Beängstigt reißend war die Flut. Kollege aber sah all meine Warnungen in den Wind und stürzte sich kopfüber wie ein Frosch ins Wasser. Er glaubte nicht an die Tiefe. „Ach so tief, wie ich lang bin, kann der Fluß überhaupt nicht sein!“ Aber bald rief er und paddelte verzweifelt. Und ich konnte ihm zu Hilfe kommen, weil wir ja im Reppiger Freibad schwimmen gelernt hatten. Ich konnte in heimlichherweise von hinten fassen, und soviel er sich auch Mühe gab, mich zu umklammern und mit in die Tiefe zu ziehen, es gelang ihm nicht, und ich zog ihn aufatmend ans Ufer. Eine Rettungsmedaille habe ich nicht erhalten. Mir war es mehr wert, daß ich einen treuen Freund gerettet hatte!

(Schluß folgt.)

alle Mitglieder der Konsumgenossenschaftsbewegung in die Zukunft schauen. Wir wollen nicht nur Verkäufer sein, unser Bestreben geht dahin, wie bereits die vielen Eigenbetriebe in Deutschland zeigen, den gesamten Bedarf in Eigenproduktion herzustellen. An die Kollegen, die heute noch ihren Lohn in die Privatgeschäfte tragen, richtete der Redner die Aufforderung: Werdet Mitglieder des Konsumvereins! Vorhergehend sprach er sich dem Referenten den Dank der Verammlung für seine überzeugenden Worte aus. Unter „Gesellschaftlichem“ erging an die Kollegenschaft die Aufforderung, an dem bevorstehenden fünfjährigen gewerkschaftlichen Bildungsturnus des Ortsauschusses, wozu Herr Dr. Dammerschlag (Freiburg) als Referent gewonnen wurde, zahlreich teilzunehmen. Einige Konfliktsfälle, die sich in letzter Zeit in drei Betrieben ereigneten, wurden einer Besprechung unterzogen. Fünf Kollegen, die ihre Lehrzeit beendeten, wurden aufgenommen. Kollege K. Jost als Kartelldelegierter und Leiter der Wiesbadener Gewerkschaftsjugendabteilungen gab den Kartellbericht. Ein neues Koffhaus soll hier entstehen, wofür alle Gewerkschaftler laufend beisteuern. Auch dieser Bericht wurde mit Befriedigung aufgenommen. Das diesjährige Tobannsfest, wozu eine achteidrigte Kommission gewählt wurde, soll in Verbindung mit dem 25jährigen Jubiläum unserer Maschinenlehrerpartei am 19. Juni in Wiesbaden gefeiert werden. Die Sparte selbst gibt ihrem Jubiläum ein festliches Gepräge durch eine Abendveranstaltung am 18. Juni in der Loge „Wald“.

Allgemeine Rundschau

Lohn und Preis im Buchdruckgewerbe. Von interessierter Seite wurde uns mitgeteilt, daß die Steigerung des Druckpreistarifs im Vergleich seines gegenwärtigen Standes zu jenem der Vorkriegszeit nicht so hoch sei, wie in dem Leitartikel unter vorhergehender Spalte in Nr. 37 des „Korr.“ angegeben wurde. Inwiefern diese Ansicht den Tatsachen entspricht, wird eine demnächst im „Korr.“ zum Abdruck gelangende Aufsatzreihe über dieses Spezialthema ergeben. Da in der hier in Frage kommenden Zukunft z. B. die Erhöhung des Saupreises selbst mit etwa 150 Proz. angegeben wurde, so ergibt sich aus dem daraus schon, daß gegenüber der Steigerung des heutigen tariflichen Stundenlohnes im Vergleich zur Vorkriegszeit zum das Doppelte an Erhöhung auf der Preisseite in Frage kommt. Es erweisen sich demnach auch von dieser Seite her unsere wenigen Angaben in Nr. 37 als den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich nahekomend. Daß mit dieser Feststellung aber kein definitives Urteil über eine sachliche Berechtigung des jetzigen Standes des Preistarifs für das Buchdruckgewerbe abgegeben sein soll, sei noch einmal betont. Das ist eine Frage für sich und wird zu gegebener Zeit noch besonders beleuchtet werden. Vorläufig handelt es sich nur darum, in Abwehr unberechtigter Angriffe von Unternehmern auf die heutige Entlohnung in unserm Gewerbe darauf hinzuweisen, daß in den letzten Jahren im deutschen Buchdruckgewerbe Veränderungen der Preisberechnung eingetreten sind, die von der Lohnseite her noch nicht einmal zur Hälfte begründet und daher auch von der Arbeiterseite oder ihren Gewerkschaften nicht zu vertreten, wohl aber zu beklammern sind, wenn sie dazu dienen sollen, Lohn und Lebenshaltungskosten in noch stärkeren Gegensatz als bisher zu bringen.

Verbandsausbehaftigung von auswärts. Wenn etwas schief gehen soll, dann pflegen solche Ereignisse wohl ihre Schattens voranzuzuwandern. Am 8. Mai wollte der Ortsverein Magdeburg mit einigen Bezirksorten sich aus einmal von der Schönheit unseres Verbandshauses überzeugen. Inzwischen war aber der Stahlhelmsrummel in Berlin vom 1. auf den 8. Mai überschoben worden. Mit der gewaltigen Maidemonstration der Berliner Arbeiterklasse wollten die Selbst-Namen keinen Vergleich wagen. Da nun die Kommunisten und die Nationalisten sich anschickten, den Stahlhelmsrummel nach ihren Begriffen interessant zu machen, erforderte der Verbandsvorsitzende in Magdeburg Bedenken und empfahl Verzicht auf den Besuch auf den 15. Mai. Man verstand dort sogleich den gut gemeinten Rat. In den letzten Tagen vor dem Stahlhelmsrummel verbot aber der Berliner Polizeipräsident den Leuten zur Rechten wie zur Linken des Stahlhelms jedwedes Mittelmittel. Die Eroberung Berlins durch den Stahlhelm verlief infolgedessen kläglich, wenn man das vorausgegangene Kellerngetöse in Betracht zieht. Also war der 8. Mai für Stahlhelm, Hölische und Kommunisten bedenklich schief gegangen. Leider sollte das für unsere verlobten Magdeburger Kollegen ein unangenehmes Nachspiel haben. Der 15. Mai verzögerte nämlich gründlich; die in diesem Frühjahr so schimmern drei Gasseigenen liegen an diesem Tage ununterbrochen Regenschauer herniederzugehen. Die 165 Mann, die mit einigen Damen und 16 Lehrlingen — was besondere Anerkennung verdient — aus Magdeburg, Genthin, Neuhaldensleben, Schönebeck und aus der draunschweigischen „Eulfa“ heimwärts nach Berlin kamen, waren mit dem 15. Mai in einen vollständig schief gegangenen Lauf geraten. Und es war doch so gut gemeint gewesen mit ihnen! Erstens mit der Verziehung auf den 15. Mai an sich, und zweitens mit dem Vorhaben, den Magdeburger Besuch zum ersten Male zu einer Fikmaufnahme mit freundlicher Unterstützung des gesamten Personals in der Dreißendstraße 5 zu verwenden, die einem späteren wichtigen Zwecke dienen soll. Das einfach schiefste Wetter verdozt diese Absicht vollständig. Die eingehende Befichtigung des Verbandshauses gestaltete sich wohl für alle recht eindrucksvoll, man hörte nur Erstaunen und große Befriedigung, aber ein Blick zu den Fenstern hinaus dämpfte wieder das frohe Gefühl. So gut es ging, wurden im Laufe des Nachmittags die regenfreien Minuten zum Weiterbewegen von einer inneren Sehenswürdigkeit zur anderen benutzt. Die zwei letzten Stunden vor der Rückfahrt vereinigten die meisten Teilnehmer zu einer trocknen gut temperierten Abschieds-Deiner am Potsdamer Platz. Mögen sich die Magdeburger und die mitbestimmten Kollegen damit trösten, daß für die Verbandsleitung und die aufgebotenen Kollegen von Berlin der 15. Mai durch das so maienunähnliche Wetter zu

einem jedenfalls noch größeren Festschlag geworden ist. Im das Maß des Schiefgehens voll zu machen, teilten weitere etwa 15 Lehrlinge, die mit zwei Lehrlingsleuten aus Forst i. d. L. ebenfalls am 15. Mai nach Berlin zur Verbandsausbehaftigung gekommen waren, das Schicksal aller gründlich eingeregneten.

Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden 1927 „Das Papier“. Von der Gewerkschaft Dresden wird uns mitgeteilt: Auf Erfragen hat sich die Direktion bereit erklärt, die Werkstätte für die Entnahme von Dauerarten bis zum 22. Mai zu verlängern. Anträge unter gleichzeitiger Begahlung des Betrages sind zu richten an die Gewerkschaft Dresden, Mühlendammstraße 7. Der Preis stellt sich für die Verrentarte auf 11 M., Damentarte auf 9 M., Jugendkarte bis 20 Jahre 5 M., Kinder bis 14 Jahre 3 M. (Siehe auch „Korr.“ Nr. 37.) In Frage kommen Mitglieder der graphischen Berufe und deren Angehörige.

Einstellung der ältesten Zeitung der Welt. Die chinesische Zeitung „Tsching Pao“ mußte, nach einer Meldung der „Nouvelles Littéraires“, ihr Erscheinen einstellen, da sie infolge der unaufhörlichen Unruhen im Reich der Mitte nicht mehr in der Lage ist, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Das Blatt soll 600 Jahre bestanden haben, dürfte somit die älteste Zeitung der Welt gewesen sein.

Kein Abbau der Krisenfurze. Die von der Reichsregierung geplante Einschränkung der Krisenfurze für einige Gewerbe, darunter auch das Vertriebsleistungsgewerbe, hat der Reichsrat in seiner Sitzung am 12. Mai auf Antrag Preußens mit 41 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Für das graphische Gewerbe hatte der Vorstand des Graphischen Bundes sofort eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, worin gegen die Einschränkung der Krisenfurze energisch protestiert wird. Mit dem Fall der Krisenabbauvorlage ist die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die vor kurzen gegen die Pläne des Reichsarbeitsministers eingebracht wurde, noch nicht gegenstandslos geworden, denn die Interpellation wendet sich ja nicht nur gegen die Krisenabbauvorlage, sondern ebenso gegen die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. April d. J., die am 1. Mai in Kraft getreten ist, und die für einzelne Gewerbe, darunter das Vertriebsleistungsgewerbe, die Unterstüßungsbauer aus der Erwerbslosenfurze auf 26 Wochen herabgesetzt hat. Diese Verordnung muß ebenso verschwinden wie die Krisenabbauvorlage. Beide sind durch nichts gerechtfertigt, am allerwenigsten von finanziellen Gesichtspunkten aus. Die Kosten der Erwerbslosenfurze werden von den freien Gewerkschaften augenblicklich auf rund 63 Millionen Mark pro Monat geschätzt. Da durch die Beiträge bereits rund 60 Millionen Mark pro Monat aufkommen, besitzen sich die öffentlichen Zuschüsse also nur noch auf 3 Millionen Mark — eine Bagatelle im Vergleich zu dem Umlauf, das durch einen rigorosen, brutalen Abbau der Unterstüßungsbauer hervorgerufen wird. Ähnlich liegen die Dinge bei der Krisenfurze; auch hier gehen die Kosten, die zu drei Vierteln vom Reich und zu einem Viertel von den Gemeinden aufgebracht werden, je beträchtlich zurück. Das ist selbst die Auffassung der maßgebenden Stellen. Was sollen unter solchen Umständen die brutalen Abbaupläne bei der Erwerbslosen- und Krisenfurze? Warum läßt man nicht den Dingen ihren natürlichen Lauf? Der Arbeitsmarkt bessert sich, die Beiträge zu den Kosten der Erwerbslosenfurze steigen. Wozu also die nervöse Hast, wozu das Geschrei und Gebränge, um den Unterstüßungsempfänger die Unterstützung zu entziehen und den Bissen vom Munde zu nehmen. Das Vorgehen der Bürgerblockregierung ist für die Regierungsparteien einfach schämend. Die Tatsache, daß selbst der Reichsrat, dem kein Mensch allzu großes sozialpolitisches Verständnis nachsagen kann, mit überaus starker Stimmenzahl die Krisenabbauvorlage der Reichsregierung ablehnt, spricht Bände und kennzeichnet das arbeiterfeindliche Gesicht dieser Reichsregierung.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfurze zeigt auch in der zweiten Aprilhälfte einen erfreulichen Rückgang, und zwar um rund 113 000, gleich 11,4 Proz. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der genannten Zeit von 817 000 auf 717 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 167 000 auf 154 000, die Gesamtzahl von 984 000 auf 871 000. Die Zahl der Zusatzleistungsempfänger hat sich im gleichen Zeitraum um 1120 000 auf 989 000 vermindert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat April beträgt rund 250 000, gleich 22 Proz. (1 121 000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. April, gegenüber 871 000 am 1. Mai 1927). Über die Krisenfurze liegen neuere Zahlen noch nicht vor.

Über die Entwicklung der Tariflöhne. Die zahlreichsten Lohnbewegungen im diesjährigen Frühjahr sind zum überwiegenden Teil von Erfolg begleitet gewesen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes betrug der durchschnittliche Wochenlohn für gelehrte Arbeiter: im Juli 1926 45,92 M., im Oktober 46,31, im Januar 1927 46,98 M. und im März dieses Jahres 48,99 M. Für ungelernete Arbeiter betrug der durchschnittliche Wochenlohn im Juli vorigen Jahres 33,91 M., im Oktober 34,27 M., im Januar 34,46 und im März 34,80 M. Diese Lohnsätze gelten natürlich nur für die regelmäßige Arbeitszeit. Für gelehrte Arbeiter konnte mithin in dem Dreivierteljahr eine Lohnsteigerung von rund 1 Mark erzielt werden. Bei den ungelerneten Arbeitern wird es etwas weniger. Der durchschnittliche Wochenlohn für die sogenannten Produktionsindustrien betrug im März für gelehrte Arbeiter 48,09 M. und für ungelernete 34,94 M. In den Verbandsaggregatindustrien wurden im Durchschnitt im März für gelehrte Arbeiter und Arbeiterinnen 39,29 M. und für ungelernete 33,73 M. bezahlt. Die aus Anlaß der Meisterschöpfung und anderen Gründen gestiegenen Lohnbewegungen und deren Resultate sind in obigen Ziffern zum größten Teil nicht enthalten. Somit werden sich für April und Mai höhere Ziffern ergeben. Der Kampf der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebenshaltung war, wie obige Zahlen beweisen, nicht ohne Erfolg.

Zur Fristberechnung in der Krankheitsdauer. In den Sätzen einer Betriebskrankenkasse war vorgeschrieben, daß, falls die Krankheit länger als drei Wochen dauert, Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit gezahlt werden muß. Ein Arbeiter, der vom 3. August bis zum 24. August krank gewesen war, klagte auf Grund dieser Bestimmung das Krankengeld vom ersten Tage der Krankheit an ein, indem er behauptete, er sei 22 Tage lang, also mehr als drei Wochen, krank gewesen. Versicherungsamt und Obergerichtspräsident waren sich nicht einig, infolgedessen hatte das Reichsversicherungsamt in dieser Sache zu entscheiden. Das Reichsversicherungsamt erkannte darauf, daß dem Arbeiter für die ersten drei Tage das Krankengeld nicht zuzuflehen. Die Berechnung der Frist müsse gemäß § 124 der Reichsversicherungsordnung erfolgen, wonach der Tag, an dem die Krankheit eingetreten ist, bei der Berechnung der Frist auszuflehen hat. Da der Kläger am 3. August erkrankt ist, die Krankheit bis zum 24. August gedauert hat und somit einen zur Anrechnung kommenden Zeitraum von nur drei Wochen umfaßt, so ist die Voraussetzung nicht erfüllt, unter der der Kläger das Krankengeld nach der Sägung vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an verlangen könne. Eine höchst seltsame Entschcheidung!

Konjunktur und Wohnungspolitik. Die seit Monaten bemerzten Tendenzen eines Konjunkturauftretens haben sich in der letzten Zeit weiter entwickelt. Es scheint sehr sicher zu sein, daß die Erholung der Wirtschaft von der schweren Krise 1926/27 keine vorübergehende, sondern eine nachhaltige ist. Die Montanindustrie, Bergbau, Wagengestellung der Reichsbahn beweisen es sehr deutlich. In diesem Wirtschaftsaufschwung scheint die Wohnungsbaufrage berufen zu sein, eine besondere ausschlaggebende Rolle zu spielen. Es ist bekannt, daß die Lösung dieser Aufgabe eine großzügige Wohnungspolitik der Länder und Gemeinden zur Voraussetzung hat, da das Privatkapital noch immer zögert, den Wohnungsbau ohne öffentliche Subventionen in Angriff zu nehmen. Aber ein amtliches Wohnungsbauprojekt in Berlin, das auf die Errichtung von 14 000 Wohnungen ohne Baufostenzuschüsse abzielt, beweist, ganz gleich, ob das Projekt zur Ausführung kommt oder nicht, daß die Wohnungsmieten schon jene Höhe erreicht haben, die auch dem Privatkapital den Wohnungsbau wieder rentabel zu machen beginnt. Das Hauptindizium für die Befestigung der Wohnungsnot sind heute auch nicht mehr die Zwangsmieten oder der höhere Zinsfuß gegenüber der Vorkriegszeit, sondern die gegenüber der Vorkriegszeit unermäßig mäßig hohen Baufosten. Die Kartelle der Bauindustrie nutzen eben die Belebung des Baumarktes in rücksichtsloser Weise aus. Hier liegt unverkennbar ein Mißbrauch der Kartell-Monopolmacht vor. Aber es ist leider nicht zu erwarten, daß die Bürgerblockregierung die große Allgemeinheit vor diesem offensibaren Wucher schützen wird.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav W. Weber, Hamburg, Holtenwall 8, welcher den Lesern seines Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Einvernehmensfrist für Patentanmeldungen: 2 Monate nach Veröffentlichung.**
- Patentanmeldungen**
(veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 28. April 1927):
- Rt. 15 d. 50 051. Albert Dör, Plankstadt i. V., Dreifarben-Druckmaschine.
- Rt. 15 d. 63 607. Va. J. Rothschilb, Offenbach a. M., „Druck- und Übertragung“ des „Nachdruckkollens“, insbesondere des „Nachdruckkollens“.
- Rt. 15 d. 65 216. Guitay Fischer, Heilsfeld, Delmhorst Str. 26. „Rotationsschneidemaschine“, bei der der Bildträger ein endloses, die Druckrollen für Tief-, Flach- oder Hochdruck aufnehmendes Band dient.
- Rt. 15 b. Nr. 444 192. F. Wilmann G. m. b. H., Jorkau I. C., Verfahren zur Herstellung von Druckformen durch Kontakt zwischen Vorlage und einer „Kollens“.
- Rt. 15 k. Nr. 494 244. Fritz Koffe, Delitzsch-Platz, Marktrauberg Str. 3-11, „Reinigungs- und Reinigungs-“.
- Rt. 15 d. Nr. 687 884. Eric Harry Alteschlag, Güstrow, Bogenreiner für Bogenanlegemaschinen bei Schnellpressen und dergl.
- Rt. 15 d. Nr. 698 223. Georg Kuntze, Wilm, Waghener Str. 9, „Reinigungs- und Übertragung“ des „Nachdruckkollens“.
- Rt. 15 o. Nr. 989 205. Emil Kroll, Wuppertal bei Kelsia, „Abstreifen“ für Bogenanlegemaschinen.

Literarisches

„Der Graphische Betrieb.“ Monatsheft für Maschinen-technische Betriebswirtschaft und Vertriebswesen des Verbandsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Das fünfte Heft dieser für die fachliche Fortbildung der Gewerkschaften wertvollsten, in demselben geleiteten maßnahmen-technischen Zeitschrift enthält folgende, zum großen Teil mit Illustrationen versehene Aufsätze: Beiträge für den Mitteldeutschen, — „Kunstschlepperei“ für Rotationsmaschinen. — Das Geschwätz der Arbeiter. — Die Entwicklung der Arbeiter für Holz- und Metall. — Die Untertage in Deutschland. — Vom Untertagebau. Welche Antreibemaschine? — Der Arbeiter und die Dampfmotoren. — Die Druckerei und ihr Wesen. — Die Arbeiter und seine Erzeugung und Verwertung. — „Tiefdruckaufstellung“ in Berlin. — Was ist über weißes Papier als Schriftträger. — Der arbeitslose Arbeiter. — Bringt interessante Aufsätze, und in der „Technischen Rundschau“ finden sich zahlreiche weitere belehrenden Aufsätze. Die Abonnenten „Antente und Reuelten“ sowie „Notizen und Eingänge“ vervollständigen den Gesamtinhalt des Heftes.

Versehiedene Eingänge

„Die Industriekonjunktur — ein Nebenheft.“ Von Dr. Fritz Schmidt, ordentlichem Professor an der Universität Königsberg a. M. Zweiter Sonderdruck aus der „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, 95 Seiten, Kart. 3 M. Industrieverlag Sach & Kuhn in Berlin W 10 und Wien I.

„Bericht des Arbeiterrates Groß-Hamburg über das Jahr 1926.“ 27 Seiten des Arbeiterrates Groß-Hamburg, Große Deutscherstraße 4.

„Der Konsumkristall.“ Von Karl Ballod (Hamburg). Wirtschaftskritisches Ideal und volkswirtschaftliche Wirklichkeit. Werte, vollständig neu bearbeitete Auflage. Mit zahlreichen Tabellen und Tabellen. Preis 4 M. C. Kaufhaus Verlagsgesellschaft, 8, 10, 12, Berlin SW.

„Der Sozialismus der Arbeiter.“ Von Dr. Ernst Praetzel, 48 Seiten Großformat, Preis kart. 2 M. C. Kaufhaus Verlagsgesellschaft, 8, 10, 12, Berlin SW.

